

## AKTUELL

ARBEITSKAMPF BEI DELHAIZE IN BELGIEN

# Wie eine Dose Erbsen

Thorsten Fuchshuber

**Trotz erbitterten Widerstands der Belegschaft hat die Supermarktkette Delhaize die ersten 15 der noch von ihr in Belgien betriebenen Märkte als Franchise an selbständige Unternehmer verkauft, die restlichen sollen folgen. Auch in Luxemburg führt der Lebensmittelhändler noch Läden selbst.**

Am Ende hat aller Kampfeswillen seitens der Angestellten und Gewerkschaften nichts genutzt: Die Supermarktkette Delhaize hat die ersten 15 der noch von ihr in Belgien geführten Filialen an selbständige Betreiber verkauft. Das gab die Unternehmensleitung am vergangenen Montag während einer Betriebsratsversammlung bekannt.

Anfang März hatte der Lebensmittelhändler angekündigt, sich von den verbleibenden 128 noch in Eigenregie betriebenen Märkten in Belgien trennen zu wollen und sie als Franchise an selbständige Unternehmer zu übergeben. Daraufhin begannen die Angestellten in der überwiegenden Mehrheit der betroffenen Filialen umgehend zu streiken. Seitdem dauert der Arbeitskampf an, der innerhalb der Branche bereits jetzt zu einem der längsten in der Geschichte des Landes geworden ist. Auch Vermittlungsversuche der belgischen Regierung scheiterten, nicht zuletzt wegen der kompromisslosen Haltung der Unternehmensführung von Delhaize, die von ihrem Plan nicht abrücken will. Die insgesamt 9.200 betroffenen Angestellten befürchten eine Verschlechterung ihrer Löhne und Arbeitsbedingungen und letztlich auch den Verlust ihres Arbeitsplatzes. „Die Direktion betrachtet uns nur als Mobiliar oder als eine Dose Erbsen, die im Regal steht, was man einem Franchisenehmer weiterverkaufen kann“, fasste ein Gewerkschafter das Vorgehen von Delhaize im April gegenüber dem belgischen Rundfunksender VRT zusammen.

Den Zeitpunkt für die Vollzugsmeldung hat das Handelsunternehmen wohl gewählt. Der aktuelle Tarifvertrag, den die Geschäftsleitung gekündigt hat und der Franchising verbietet, läuft Anfang kommender Woche aus. Zwar versicherte die Geschäftsführung auch jüngst wieder, die Löhne und Arbeitsplätze der Angestellten seien auch unter den neuen Arbeitgebern sicher, doch auf Gewerkschaftsseite traut man solchen Beteuerungen nicht. „Die Beschäftigungsgarantie hängt vom Umsatz ab, den die Franchisenehmer erzielen, wurde uns im Betriebsrat erklärt“, berichtet Myriam

Delmée, Vorsitzende für Handel der Gewerkschaft „Setca“ (Syndicat des employés, techniciens et cadres) in der belgischen Tageszeitung „Le Soir“. Man befürchtet, dass sich Delhaize auf diese Weise auch eines Teils der Belegschaft entledigen will, ohne einen kostspieligen Sozialplan für die Betroffenen auflegen zu müssen. Am Mittwoch schaltete sich abermals die belgische Regierung ein. Der zuständige Bundesminister für Arbeit und Wirtschaft, der Sozialist Pierre-Yves Dermagne, bestellte für kommende Woche Vertreter\*innen der Angestellten von Delhaize sowie den leitenden Direktor des Unternehmens, Xavier Piesvaux, ein.

## Für Luxemburg keine Garantie

Angesichts der Entwicklung in Belgien stellt sich die Frage, was das Unternehmen mit den restlichen 12 der von ihm betriebenen Filialen in Luxemburg anstellen wird (zehn Supermärkte sowie zwei sogenannte „proxy“-Märkte), wo laut OGBL insgesamt 730 Personen beschäftigt und per Kollektivvertrag abgesichert sind. „Zum jetzigen Zeitpunkt ist ein ähnlicher Schritt für Luxemburg nicht vorgesehen“, so Pauline Meiresonne, beigeordnete Zentralsekretärin für den Handel beim OGBL, gegenüber der woxx. Dies habe die Unternehmensleitung im März bei einem Treffen beteuert. „Sie haben uns aber absolut keine Garantie für die Zukunft gegeben“. Man beobachte daher sehr genau, wie sich die Situation im Nachbarland entwickelt. „Schließlich haben wir keinen Anlass zu glauben, dass sie mit den Luxemburger Lohnabhängigen rücksichtsvoller umgehen werden als sie das derzeit mit den belgischen Angestellten tun.“

Im Jahr 2021 war zuletzt ein sogenannter „Proxy“-Markt von Delhaize in Esch als Franchise verkauft worden. Insgesamt 46 Läden mit dem Löwen-Logo werden in Luxemburg nach diesem System betrieben; die rund 470 dort Beschäftigten sind nicht über Kollektivverträge angestellt. „Die Leute dort verdienen im Schnitt rund 500 Euro im Monat weniger als jene in den von Delhaize selbst betriebenen Luxemburger Märkten mit Tarifvertrag“, verdeutlicht Meiresonne die Dimensionen: „Ein ähnliches Vorgehen wie in Belgien wäre also auch hierzulande desaströs.“ Die Gewerkschafterin versichert, dass Delhaize sich in diesem Fall auf einen ebenso unerbittlichen Widerstand wie in Belgien einzustellen hätte.

## SHORT NEWS

## La température monte, le PIB baisse

(fg) – Les compagnies d'assurance s'intéressent depuis quelques années déjà au coût économique du réchauffement climatique, dont elles devraient supporter une charge croissante. L'assureur allemand Allianz s'est penché sur les effets des températures extrêmes des derniers mois sur l'évolution du PIB. La récente vague de chaleur qui a touché les États-Unis, l'Europe du Sud et la Chine pourrait coûter 0,6 point de pourcentage du PIB mondial en 2023, calcule Allianz, dans une étude parue le 4 août. Cela va de 0,1 point pour la France à 1,3 point pour la Chine. En Europe, la Grèce accuserait la perte la plus sévère (0,3 point). « Une journée de chaleur extrême (plus de 32 degrés) équivaut à une demi-journée de grève », ose l'assureur, qui liste les effets des canicules sur la productivité : temps de travail réduit, tâches ralenties et multiplication des erreurs. Pour Allianz, il faut élaborer des solutions à court et long terme, comme le développement des villes vertes, l'adaptation des bâtiments ou le changement des horaires de travail. L'assureur envisage aussi la climatisation comme moyen de sauver la croissance, tout en concédant qu'elle est très énergivore et qu'il faut dès lors accélérer la transition vers les énergies renouvelables. L'étude reconnaît néanmoins que les climatiseurs ne sont pas à portée de toutes les bourses et, de surcroît, inutiles pour les travaux en extérieur. Perspicace, avec ça !

## EU Schadstoffbelastung: Luft nach oben

(mes) – Lediglich 13 Mitgliedsstaaten haben 2021 den EU-Richtlinien über die Luftqualität entsprochen, so der jüngste Bericht der Europäischen Umweltagentur. Trotz einer allgemeinen Senkung der Schadstoffwerte, verfehlten laut dem Bericht die weiteren 13 Staaten mindestens eine der fünf Zielvorgaben; Kroatien hat noch nicht alle Werte für das Jahr 2021 vorgelegt. Luxemburg erfüllt die Reduktionsziele für Schwefeldioxid und Feinstaub, bei den anderen drei Schadstoffen ist indes noch Luft nach oben. Bis 2030 muss das Großherzogtum die Werte der Stoffgruppe Flüchtige Organische Verbindungen ohne Methan – die zur Bildung von Ozon führt – um 10 Prozent sowie der Stoffe Ammoniak und Stickstoffoxide um bis zu 30 Prozent verringern. Damit dieses Ziel erreicht wird, fordert die Umweltagentur unter anderem einen nachhaltigen Einsatz von Düngemitteln. Der Landwirtschaftsbereich ist in der EU für 93 Prozent der Ammoniakemissionen verantwortlich. Diese zu reduzieren sei „entscheidend, um die Zahl der durch die Luftverschmutzung bedrohten Ökosysteme um 25 Prozent zu verringern“, schreibt die Agentur. Zudem gelte es, die Zahl der Todesfälle, die durch Stoffe wie Feinpartikel und Stickoxide verursacht werden, um 55 Prozent zu reduzieren. Obwohl sich die Luftqualität seit 2005 verbessert, gibt es laut der Agentur in fast allen Mitgliedsstaaten der EU noch viel zu tun.

## Europäische Umfrage zu LGBTIQ

(ja) – Noch bis zum 22. August können lesbische, schwule, bisexuelle, trans, intergeschlechtliche und queere Menschen eine Umfrage der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte ausfüllen. Unter dem Motto „Let's get loud“ sind LGBTIQ-Personen aufgerufen, verschiedenste Fragen zu ihren Lebenssituationen und Diskriminierungserfahrungen zu beantworten. Neben biografischen Informationen wird eine Einschätzung zur Umsetzung von LGBTIQ-Rechten abgefragt. Außerdem will man herausfinden, welche Arten von Diskriminierungen und Angriffen LGBTIQ-Personen erfahren. Asexuelle und aromantische Personen werden zwar nicht explizit zur Teilnahme ermutigt, sollten die Möglichkeit jedoch nutzen, um auf die Verknennung ihrer Queerness hinzuweisen. Ähnliche Umfragen hat die Agentur für Grundrechte bereits in den Jahren 2012 und 2019 durchgeführt. Diese sind deswegen besonders wichtig, weil die verschiedenen europäischen Regierungen ihre LGBTIQ-Politik nach den Studienergebnissen ausrichten. Das Luxemburger Familienministerium hat bereits mehrfach um eine Beteiligung an der Studie gebeten. Die Teilnahme ist offen für alle Menschen über 15, die in der Europäischen Union, Albanien, Serbien oder Nordmazedonien leben. Der Fragebogen wird in 32 Sprachen – darunter auch Luxemburgisch – angeboten, der Prozess dauert etwa 20 Minuten. Die Umfrage findet sich online unter [lgbtiqsurvey.eu](https://lgbtiqsurvey.eu).